

Alex Demirović

Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie

1 Das cäsaristische Moment

In vielen Staaten werden ein Aufschwung von Nationalismus, Autoritarismus und Rassismus und eine Gefährdung des Rechtsstaats und der Demokratie beobachtet. Maßgeblich werden diese teilweise weitreichenden Vorgänge von einem rechten und autoritären Populismus und seinen Vertretern betrieben und repräsentiert. Der autoritäre Populismus bestimmt vielfach die politische Agenda und propagiert national-konservative, ethnozentrisch-rassistische und autoritär-etatistische politische Ziele. Von manchen Kommentatoren wird dieser Populismus als eine „Flut“ betrachtet, die die Integration der pluralistischen Gesellschaften und die Stabilität der Demokratie in aller Welt, auch in Europa gefährde und die eingedämmt werden müsse (vgl. Meyer 2017: 1). Das suggestive Bild legt nahe, dass die Demokratie plötzlich und von außen bedroht werde. Eine solche Analyse ist jedoch irreführend und zu harmlos. Denn der Populismus ist kein Phänomen, das sich nur an den Rändern der Demokratie beobachten lässt oder von dort kommt, um ins Zentrum zu drängen. Es erwächst offensichtlich aus der Gesellschaft selbst in ihrer Gesamtheit (vgl. Decker u.a. 2016: 12).

Die politische Dynamik hängt nicht oder nicht vorrangig von den Einstellungen in der Bevölkerung ab, die von rechten und populistischen Parteien gebündelt und mobilisiert werden. Diese Einstellungen und ideologischen Muster gibt es seit Langem, auch wenn sie ihre Form und ihre Verknüpfung ändern können und verschiedene Konjunkturen durchlaufen. Auch die Parteien, die sich auf diese Einstellungen stützen, sie fördern und verstärken, mobilisieren oder organisieren, sind vielfach nicht neu. Allerdings lassen sich deutliche Veränderungen bei den politischen Parteien und ihrem Verhältnis zueinander beobachten. In einigen Fällen kommt es zu Verschiebungen und eine vorhandene Partei orientiert sich nach rechts (Republikanische Partei in den USA) oder wird vorsichtiger und taktischer (Front National, Alleanza Nazionale, FPÖ). In anderen Fällen ändern sich die Namen und in einem gewissen Umfang die Ziele (die Entwicklung der Lega Lombarda zur Lega Nord und neuerdings Lega). In dritten Fällen werden neue Parteiorganisationen gegründet, um eine Neuzusammensetzung zu ermög-

lichen und taktisch oder strategisch erfolgreicher zu sein (Berlusconis verschiedene Parteien). Viertens schließlich werden neue Parteien geschaffen (Grillos Fünf-Sterne-Bewegung). In Deutschland besteht eine gewisse Kontinuität dieser gesellschaftlichen Tendenz oder Partei im weiten Sinn, auch wenn sie die Gestalt verschiedener Organisationen annimmt und ihre Zusammensetzung immer wieder ändert: Teile der CDU und insbesondere CSU sowie NPD, DVU, Republikaner, Schill-Partei oder Bürgerbewegung Pro Köln und seit 2013 die AfD. Offensichtlich gelang es diesen Parteien aber nicht, jenen Teil der Bevölkerung dauerhaft zu binden und auszudehnen, der als autoritär charakterisiert werden kann. Sie gelangten – von der CDU/CSU abgesehen – bislang immer nur für kurze Zeit in die Parlamente auf Länderebene oder ins Europaparlament, keine hat es vor der AfD in den Bundestag geschafft.

Eine Krise der Repräsentation wird seit Längerem beobachtet. Neu ist, dass sich offensichtlich ein neues Repräsentationsverhältnis aufbaut. Den herrschenden Parteien, die die großen politischen Lager – und häufig nach einem vagen Links-rechts-Schema – organisieren, gelingt es deutlich weniger, die Wählerschaften zu organisieren und zu binden. Es kommt zu Offenheit, Kurzfristigkeit und Volatilität im Wahlverhalten oder in den Zustimmungswerten für das politische Führungspersonal (vgl. Kahrs 2017). Autoritär-populistischen Parteien gelingt es vermehrt, die kritische Stimmung gegen den Machtblock als ressentimenthafte Stimmung gegen ‘die da oben’, die ‘machen, was sie wollen’ zu mobilisieren und zu organisieren. Mit Rassismus und Nationalismus beeinflussen sie die politische Agenda oder nehmen erfolgreich an Wahlen von der kommunalen bis zur europäischen Ebene teil, sie erheben politische Führungsansprüche, betreiben eine neue Anordnung der politischen Kräfte und verändern die Herrschaftsbeziehungen zwischen den sozialen Klassen. Sie profitieren von und verstärken eine Tendenz der Polarisierung im Machtblock und in der Bevölkerung und tragen zu unentschiedenen oder Pattsituationen in Wahlen von Staatspräsidenten und Parlamenten oder in Volksentscheiden bei. In diesen Konstellationen stehen sich jeweils große Lager gegenüber und winzige, häufig wie zufällig wirkende Mehrheiten für diese oder jene Seite können dann den Ausschlag geben. Dies war in Österreich, Frankreich, Spanien, den USA, Tschechien, in Großbritannien bei der Brexit-Entscheidung, in Schottland und in Katalonien bei den Unabhängigkeitsreferenden zu beobachten. Regierungsbildungen erweisen sich unter Umständen als schwierig (Spanien, Belgien, Deutschland, Tschechien). In Griechenland, Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland, Österreich haben sozialdemokratische Parteien, in Ländern wie Ungarn, Tschechien, Polen haben liberale Parteien herbe Niederlagen erfahren – in manchen Fällen sind sie als Parteiorganisationen erheblich geschwächt und verschwinden von der politischen Bühne. Auch die Parteien selbst sind von solchen Pattsituationen durchzogen. Dies legt sozialen Kräften nahe, sich am

Rand der etablierten Parteiorganisation zu formieren und diese vielleicht sogar zu übernehmen (Sanders, Trump, Corbyn, Kurz) oder zu versuchen, eingespielte Konfliktlinien hinter sich zu lassen und quasi-überparteilich eine neue Partei zu formieren (Podemos, Cinque Stelle, LaREM, La France Insoumise).

In dieser Konstellation, die mit Blockade, Lähmung, Stillstand, Politikverweigerung beschrieben wird, erweisen sich die Kräfte auf die Dauer als nicht fähig, das Kräfteverhältnis in die eine oder andere Richtung zu verändern. Es kommt deswegen zu einer Krise der Repräsentation. Gramsci begreift eine solche Situationen als Hegemoniekrise (vgl. zu einer entsprechenden Analyse des Front National Syrovatka 2015).

Der autoritäre Populismus kann als ein Versuch von der Seite des Bürgertums verstanden werden, das Gleichgewicht der Kräfte in einer Phase zu verändern, in der es zu einer Krise der Repräsentation kommt, in der also – anders als Gramsci dies erwartete – die bisherigen politischen Kräfte nicht in der Lage sind, eine Entscheidung in die eine oder in die andere Richtung durchzusetzen. Teile des Bürgertums sind mit der Regierungspolitik unzufrieden. Es kommt zu einer Selbstabspaltung aus dem bürgerlichen Lager. Um erfolgreich zu sein, kritisieren sie nicht nur dominante Politik innerhalb des Machtblocks, sondern stützen sich auf die Unzufriedenheit der Subalternen gegen ‘die da oben’ und mobilisieren gegen die politische Klasse – obwohl sie selbst zur bürgerlichen Klasse gehören und an der Führung der politischen Geschäfte teilnehmen (Reiche wie Blocher, Berlusconi, Trump, Le Pen, Farage, Babiš oder politisches Personal wie Orbán, Grillo, Konrad Adam, Köppel, Gauland, Haider, Strache). Stuart Hall entwickelte den Begriff des autoritären Populismus, um die historische Konjunktur der späten 1970er Jahre zu kennzeichnen, in der die Krise die Linke als auch die Rechte über einen passiven Punkt hinausgeführt habe. In einer solchen instabilen Gleichgewichtskonstellation, in der es auch zu einer Hegemoniekrise kommt, gruppierten sich die Kräfte neu: auf einer Seite diejenigen, die für eine Vertiefung des demokratischen Lebens und die Ausweitung des popular-demokratischen Kampfes seien; auf der anderen Seite sehe sich die herrschende Klasse vor die politische Aufgabe gestellt, die Integrität des Staates zu erhalten. Eine solche transformistische Strategie verlange von der Rechten, sich zu erneuern, die Kräfte umzugruppieren und ein neues Gleichgewicht herzustellen. Die Rechte wisse, so Hall (2014a: 104), dass in einem Prozess der Restauration/Revolution das strategische Feld der Auseinandersetzung die Demokratie sei und verfolge eine Politik der populistischen Demokratie, die durch Elemente des schleichenden Autoritarismus und des passiven populären Konsenses gekennzeichnet sei. Wesentliche Merkmale dieser populistischen Mobilisierung seien moralische Paniken, die mit einer Reihe von Themen geschürt würden. Dazu gehören Themen wie Sicherheit und Ordnung, Einwanderung, sexuelle Liberalisierung. Demgegenüber solle die

Linke eine popular-demokratische Strategie verfolgen, die breiter angelegt sei als der Gegensatz Klasse-gegen-Klasse und die Kräfte vielmehr entlang der Gegensätze Machtblock/Volk, Reich/Arm, Unterdrücker/Unterdrückte, Ausbeutende/Ausgebeutete, Altes/Neues spalte und mobilisiere.

Halls Analyse (2014b: 126) folgt der Gramscianischen Unterscheidung von Hegemonie und Zwang. Der autoritäre Populismus von Thatcher stehe demnach für eine Krise der Hegemonie. Er sei nicht hegemonial, sondern dominant; weil er nicht führen und die Probleme des Landes bewältigen könne, müsse er Zwang ausüben. Dennoch sei er in der Lage, das Gleichgewicht der Kräfte auch längerfristig nach rechts zu verschieben. Viele der Überlegungen von Hall erscheinen mir für eine Analyse der neueren Entwicklungen weiterhin ein wichtiger Bezugspunkt. Doch das theoretische Schema von Hegemonie bzw. Hegemoniekrise und Zwang erscheint mir zu eng. Ich vertrete demgegenüber die Ansicht, dass die neoliberale Reorganisation der kapitalistischen Reproduktion nicht auf Hegemonie zielt und sich deswegen die Hegemonie auch nicht in der Krise befindet. Hegemonie muss sich, so Gramsci, auf Zugeständnisse der herrschenden Klasse stützen. Die neoliberale Politik wird, nach einer von Nancy Fraser euphemistisch als „progressiven Neoliberalismus“ bezeichneten Phase auf erweiterter Stufenleiter autoritär-populistisch verfolgt. Diese zeichnet sich gerade dadurch aus, dass die Ausbeutung der Lohnabhängigen weiter verschärft und die subalternen Klassen ökonomisch, politisch und ideologisch weiter gespalten werden. In der Krise ermöglicht es der autoritäre Populismus der bürgerlichen Klasse, offen auch kriminelle und faschistische Gruppierungen einzubeziehen und sich direkt auf Fragmente der subalternen Klassen zu stützen, um die Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme zu blockieren und gleichzeitig die Verhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern, ohne Kompromisse eingehen zu müssen.

2 Drei Phasen der neoliberalen Reorganisationsstrategie

Obwohl manchmal vertreten wird, dass mit dieser rechten, autoritär-populistischen Politik die Phase des Neoliberalismus vorbei sei (vgl. Koppetsch 2017), will ich die Ansicht vertreten, dass es sich um eher um eine Fortsetzung der neoliberalen Praktiken bürgerlicher Herrschaft handelt. Der autoritäre Populismus stellt die dritte Phase des Neoliberalismus dar. Das möchte ich ganz knapp skizzieren und stütze mich dabei auf Jamie Peck und Adam Tickell (2002). Die erste Phase kann als ein destruktiver, deregulierender roll-back-Neoliberalismus bestimmt werden, dessen Ziele als Washington-Consensus bezeichnet werden: Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung, Kürzung von Staatsausgaben und Entbürokratisierung. Dies ging einher mit Bemühungen um eine – gegen 1968

gerichtete – neokonservative, geistig-moralische Wende, die durch Elemente wie traditionelle Familienorientierung, vorsichtigen Nationalismus oder Praktiken privatisierter Überwachung und sozialer Segregation gekennzeichnet waren. Es ging darum, die Gewerkschaften nicht nur zu diskreditieren, sondern auch organisatorisch zu schwächen oder gar zu zerschlagen und die „Regierbarkeit“ des Staates, die von der Trilateralen Kommission als durch den wohlfahrtsstaatlichen Interventionismus beeinträchtigt charakterisiert wurde, wiederherzustellen.

In der zweiten Phase, die Peck und Tickell als roll-out oder deep neoliberalism bezeichnen, wird ein vermeintlich progressiver Neoliberalismus praktiziert (Clinton, Blair, Schröder), der durch einen Staat gekennzeichnet ist, der, gestützt auf Governance-Mechanismen erneut regulierend tätig wird, sich dabei auf eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Akteuren stützt und die Individuen aktiviert und „erzieht“. Bürgergesellschaft und Partizipation werden zu strategischen Elementen herrschaftlicher Politik, die sich von ihren Zielen nicht abbringen lässt, denormalisierenden Minderheiten aber einen Raum gewährt, der Differenz, Pluralisierung und Konsumismus fördert und die Bildung von Antagonismen aber vermeiden hilft. Aus der Armut wird ein Standortfaktor („arm, aber sexy“), die Prekarisierung der neuen Kreativen wird als attraktive Lebensform im *‘global village’* stilisiert. Die Orientierung an Wettbewerbsfähigkeit und Standortlogik gibt Anlass, staatliche Ausgaben zu begrenzen und den Sozialstaat weiter abzubauen, die Globalisierung (Standortverlagerung, *outsourcing*, *lean-* und *just-in-time-production*) und Finanzialisierung werden vorangetrieben, die Reproduktion wird auf privatisierten Keynesianismus (schuldenbasierter Konsum, private Altersvorsorge, Bildungsfinanzierung, Immobilienerwerb) umgestellt, der Lebensalltag und die Rechte der Lohnabhängigen werden drastisch verschlechtert (Überausbeutung, hohe Mieten, lange Wegzeiten). Dies geht einher mit Regierungs- und Sozialtechniken der Kontingenz. Individuen sollen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Eigeninitiative sichern und ihre *employability* erhalten, dafür das „Portfolio“ ihrer Kompetenzen überwachen und auf dem Stand halten, sich flexibel für neue Anforderungen erweisen, ihre Leistungsfähigkeit beobachten, evaluieren, prüfen, optimieren und selbstverantwortlich handeln. Im Zusammenhang mit dieser Freiheit, die neoliberal mit der Ideologie der Kontingenz artikuliert ist, konnten auch moralisch permissive, ökologisch informierte, minoritäre Lebensformen und neue, fluide und flexible Identitäten durchgesetzt werden. Häufig stehen sie in einem engen Zusammenhang mit neuen Infokom- oder Bio-Technologien.

Die Vielfachkrise, die eine komplexe Einheit von vielen autonomen Krisendynamiken wie Flucht- und Migrationsprozessen, Klimawandel oder Demokratiekrise bildet, verknüpfte und verschärfte sich 2007/08 mit einer großen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise; sie markiert das Scheitern der zweiten Phase und den Übergang zu einer dritten Phase des Neoliberalismus, nicht jedoch sein Ende als

solches. Die moralische Überlegenheit und Überzeugungskraft des neoliberal reorganisierten Kapitalismus wurde deutlich geschwächt. Selbst überzeugte Vertreter des Bürgertums beobachteten eine Legitimitätskrise und bekamen grundlegende Zweifel an der Fortexistenz des Kapitalismus (vgl. Schirmacher 2011). Nach einer globalen Welle von Protesten hat sich die Bourgeoisie reorganisiert. Doch anders als zu erwarten gewesen wäre, ist es nicht zu Bemühungen um eine neue Form von Hegemonie gekommen, sondern zu einer Rechtsverschiebung, in der der Zwang, das Regieren mit Dekreten, die Schwächung des Parlaments und der Öffentlichkeit sowie der Umbau des Rechtsstaats sowohl auf der Gesetzes- als auch auf der justiziellen Ebene (Angriffe auf Versammlungsrecht, Presse-, Meinungs-, Wissenschaftsfreiheit, Ausdehnung der Überwachung, Nicht-Umsetzung richterlicher Entscheidungen durch Polizei oder Verwaltung, Verknappung von finanziellen und personellen Ressourcen, Angriffe auf die Richterschaft), die Erneuerung und der Ausbau der Polizeien eine erhebliche Rolle spielen; daneben kommt es aber auch zu einer Stärkung einer nationalkonservativen, rassistisch und faschistisch orientierten Öffentlichkeit und der Mobilisierung zivilgesellschaftlicher faschistischer Gewalt (der Straßenmob, die gewalttätigen Banden, die paramilitärischen und -polizeilichen Gruppen). Mit dem autoritären Populismus wird ein neues Verhältnis im Machtblock selbst und im Verhältnis zu den Subalternen hergestellt, das sich als autoritär-plebiszitäre Führung ohne Konzessionen fassen lässt. Die Unzufriedenheit und Enttäuschungen bei den Subalternen, die aufgrund der von den Herrschenden in der zweiten Phase verfolgten Politik entstanden ist, wird eben von diesen genutzt und geschürt. Die Subalternen werden durch moralische Paniken und mediale Fokussierungen ermutigt, jene vom Denken, vom Begreifen zunehmend abgespaltene Gefühle in Ressentiments, rassistische Praktiken, Kälte und Entsolidarisierung zu übersetzen – und dafür belohnt mit Aufmerksamkeit und Bekümmernis von oben: „wir haben verstanden“, „die Sorgen der Menschen ernst nehmen“. Kräfte des Machtblocks stützen sich auf die Subalternen als Instrument, um eigene Positionen im Machtblock durchzusetzen. Die bürgerliche Klasse überlässt das Regieren nicht mehr einem bezahlten politischen Führungspersonal, das aus den bürgerlichen Parteien hervorgeht, sondern wird selbst politisch tätig (Blocher, Berlusconi, Trump) – sei es durch verstärkten Lobbyismus und direkte Aktivitäten in den Ministerien und Verwaltungen oder durch eigene organisatorische politische Aktivität bei der Bildung oder dem Umbau von Parteien, in Parlamenten oder Regierungen. Der Grund dafür ist, dass das politische Führungspersonal mit den Regierungstechniken der Governance und der Partizipation, wie sie in der zweiten Phase praktiziert wurden, immer noch zu sehr auf kompromisshaftes und rationales Handeln (im Machtblock und gegenüber den Subalternen) eingestellt ist, zahlreiche bürgerliche Kräfte einbezieht und ihm die Entschlossenheit und die Fähigkeit zu harten Entscheidungen fehlt. Häufig lassen

sich Politiker auch durch bestimmte bürgerliche Kräfte korrumpieren und geben ihrer Politik einen klientelistischen Zug. Mit der direkten Führung durch Vertreter des Bürgertums oder unmittelbar mit ihm verbundenen Vertretern (Macron, Kurz, die die populistische Methode der Partei- und Willensbildung von oben praktizieren) werden die Staatsapparate quasi privatisiert, sie sollen der Tendenz nach wie Unternehmen – oder unternehmensnah – geführt werden, was auch einschließt, dass die Korruption in Kleptokratie übergehen kann. Planlosigkeit, Unberechenbarkeit, Narzissmus, Willkür, Argumentationsverweigerung und Irrationalität des Führungspersonals nehmen zu, es selbst ist überfordert, konfus, hysterisch und panisch und erzeugt bei der Bevölkerung Angst, Konformismus, Misstrauen, Desorientierung, Stress, Unwissenheit oder Irrationalität. Der Modus des Regierens besteht in einem beschleunigten, intransparenten Entscheidungsprozess ohne aufwendige und hinderliche demokratische Willensbildung oder wissenschaftlich informierte und kontroverse Beratung. Der Staat und insbesondere die Spitze der Exekutive werden weiter gestärkt, neue Polizeiapparate eingerichtet und vernetzt, das Militär (inklusive Cyber-Abteilungen) und die Rüstungsindustrie werden gestärkt. Experimentiert wird mit Off-Shore-‘Staaten’ und Städten, in denen vormals öffentliche Leistungen vollständig privatisiert sind. Die Finanzmarktregulierung wird eingeschränkt, unterlaufen oder infrage gestellt, die Austeritätspolitik und Politik des Steuerwettbewerbs wird fortgesetzt, Steuern für Unternehmen und Reiche weiter gesenkt und öffentliche Verschuldung in Kauf genommen, Staatsaufgaben werden gezielt geschwächt, ökologische und soziale Standards stehen zur Disposition, Arbeitslosenversicherung, Renten- oder Gesundheitssystem sind von weiteren Kürzungen oder der Abschaffung zugunsten privater Vorsorge bedroht, der Druck auf die Lohnabhängigen durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und betriebliche Arbeitspolitiken nimmt weiter zu und übersteigt in vielen Fällen die Belastungsgrenze mit gravierenden Folgen wie Drogenmissbrauch oder Krankheit. Illegalisierte Lohnabhängige sind mit vielfachen Formen der Überausbeutung und des Rassismus konfrontiert. Konservative, fundamentalistisch-religiöse, lebensschützerische, kreationistische Ideologeme werden Teil des offiziellen politischen Raums. Sexismus, Rassismus, Folter, Völkermordpraktiken, illegale Praktiken der Polizei werden nicht nur beschönigt, sondern gedeckt oder offiziell bekundet, Kritik wird als moralisierende politische Korrektheit entwertet. Die nationalistische und völkische Rechte stößt (inklusive ihrer Gewaltaktivitäten) auf offizielles Verständnis oder gar Unterstützung. Die Linke mit ihren Projekten und Bewegungen wird repressiv bekämpft, mit den stummen Mitteln der Ökonomie zurückgedrängt und zur Auflösung gedrängt, marginalisiert oder mit dem Totalitarismus- oder Extremismusvorwurf diskreditiert. Wissenschaft und öffentliche Meinungsbildung werden angegriffen und entwertet. ‘Posttruth’-Politik, ‘fake

news' oder 'alternative Fakten' höhlen Ansprüche auf Objektivität aus (vgl. Dyk 2017), Fakten-, Objektivitäts- und Wahrheitswidrigkeit verlieren ihre Bedeutung als Argument, alles gilt als zu akzeptierende Meinung. Auf diese Weise wird es unmöglich, Maßstäbe zur Geltung zu bringen, nach denen sich das Regierungshandeln beurteilen lassen kann. Irrationalität, Lüge, Faktenignoranz, Sexismus, gewalttätige Symbolik werden von höchster politischer Stelle aus praktiziert. Staatliche Gewalt, Völkermord, Folter, Krieg werden als akzeptable Praktiken dargestellt. Rassismus, also die systematische Festlegung von Individuen auf eine vermeintliche biologisch festgelegte Kollektividentität und deren Abwertung, wird zu einer offen aussprechbaren und praktizierten Politik.

3 Populismus und Demokratie

Der autoritäre Populismus stellt in dieser Phase die Bemühung dar, ein Bündnis von oben her mit Gruppen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse herzustellen, ohne dass die bürgerliche Klasse Zugeständnisse machen müsste. Er funktioniert wie eine Art Kurzschluss zwischen Kräften der Bourgeoisie und den Subalternen, denn Kompromisse und Aushandlungen finden nicht mehr statt. Dies führt nicht zu einer Ablehnung der Demokratie, sondern zu einer reaktionären Umarbeitung des Demokratieverständnisses. Demokratie wird ein Hauptfeld der Auseinandersetzung. Der Unterscheidung von Stuart Hall folgend, lässt sich sagen, dass populäre Demokratie und Populismus verschiedene Spaltungslinien ziehen. Erstere konstruiert einen Antagonismus zwischen Volk und Machtblock, Ausgebeuteten und Ausbeutern, Arm und Reich, Frieden und Krieg, Nachhaltigkeit und Zerstörung, Differenz und Normalismus. In diesem Fall kommt es zu fortschrittlichen Prozessen der Meinungs- und Willensbildung und einer geteilten Weltansicht auf einem hohen und rationalen Wissensniveau. Der autoritäre Populismus stellt hingegen eine plebiszitäre Strategie dar, die entlang rassistischer, nationalistischer, religiöser, sexistischer oder naturausbeuterischer Linien spaltet und mobilisiert, den bizarren Alltagsverstand reproduziert und die Subjekte neurotisiert.

Der Begriff des Populismus gilt als inhaltlich unbestimmt (Dubiel 1986), die mit ihm bezeichnete politische Ideologie als wenig ausgearbeitet (Priester 2007). Es wird deswegen auch empfohlen, die jüngsten und heterogenen Entwicklungen nicht mit diesem Begriff zu einer Einheit zusammenzufassen, da der Begriff des Populismus häufig negativ und als pejorativer politischer Kampfbegriff verwendet werde, der stets oppositionelle Bewegungen und Parteien treffen soll, „die nicht herrschende Interessen repräsentieren“ (Korsch/Wölk 2014: 11). Der Vorwurf des Populismus treffe jedoch nicht, denn von denjenigen, gegen die er erhoben werde, könne er „als Auszeichnung“ betrachtet werden (Müller 2016: 12). Aber

mehr noch: Populismus gilt als eng verbunden mit der modernen Demokratie. Diese bezeichnet eine Herrschaft, die durch das souveräne Volk begründet ist; der Populismus seinerseits beruft sich auf das Volk und den durch es verkörperten Allgemeinwillen. So betrachtet, sei, so Korsch/Wölk (2014), Populismus nicht geeignet, eine besondere Phase der Auseinandersetzung um Demokratie zu kennzeichnen, da kein Unterschied des Populismus zum hegemonialen Demokratieidealismus bestehe. Insofern in der Sache kein Unterschied bestehe, gehe es bei Populismus letztlich nur um Fragen des Stils und der Rhetorik.

Mir hingegen leuchtet ein, wenn Priester (2007: 10, 12ff.) die Vorstellung zurückweist, Populismus sei im Wesentlichen ein Politikstil oder eine Rhetorik (also hemdsärmelig, volkstümlich, vereinfachend, emotional). Kein Begriff kann sich den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen entziehen, vielmehr sind sie intern mit gesellschaftlichen Kräften und Tendenzen verbunden und erlangen dadurch ihre Objektivität, nicht durch vermeintliche Distanz und Neutralität. Im Fall der Demokratie geht es ja gerade um ein Verständnis der spezifischen Auseinandersetzungen um den Demokratiebegriff. Denn die autoritären Populisten verfolgen strategisch das Ziel, die liberale Demokratie zu diskreditieren, indem sie ihre Inkonsequenz demonstrieren: Zwar soll Meinungsfreiheit gelten, doch die Meinungsfreiheit derer, die mit nationalkonservativ-rechten Positionen die Interessen des deutschen Volkes vertreten, werde eingeschränkt; zwar soll Religionsfreiheit gelten, doch erweise sich der Staat als unfähig, die eigene christliche Tradition vor der Islamisierung zu schützen. Es erscheint mir deswegen auch verharmlosend, wenn eine Normalisierung im „Abklingbecken“ des parlamentarischen Betriebs erwartet wird, da dies außer Betracht lässt, dass eben das Spektrum politischer Themen, Akteure und Aktionsformen nach rechts verschoben und der Bezug auf den Faschismus („konservative Revolution“) normalisiert wird.

Populismus ist Gegenstand umfangreicher wissenschaftlicher Bemühungen geworden. Einem verbreiteten Verständnis nach, das ihn eher negativ bewertet, unterscheidet er sich von Pluralismus und Demokratie. Jan-Werner Müller vertritt entschieden die These, dass Populismus an sich nicht nur nicht demokratisch, sondern immer antidemokratisch sei (Müller 2016: 18). Auch wenn mit dieser Behauptung gerade die Frage des Streits um die Demokratie übergangen wird, sind die drei Merkmale, die für Müller den Populismus ausmachen, für ein genaueres Verständnis hilfreich. Ein erstes Merkmal des Populismus ist die Konstruktion des Gegensatzes von Oben und Unten, also einer anti-elitären Haltung, die sich gegen das Establishment, gegen die politische Klasse, gegen die Medien richtet. Sie alle verstoßen vermeintlich gegen den Willen und die Interessen des Volkes oder verraten es. In ihrem Grundsatzprogramm vom Mai 2016 skizziert die AfD eine Art Herrschaftstheorie, die auf dem in der faschistischen Tradition verankerten Ausdruck der „politischen Klasse“ aufbaut (vgl. Demirović 1997:

131ff.). Demnach erweise sich Volkssouveränität, die das Fundament des Staates sei, in Deutschland als Fiktion: „Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthebel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat.“ (AfD Grundsatzprogramm 2016: 8) Die Populisten klagen darüber, dass ihre Ansichten von den Medien in einer „Schweigespирale“ totgeschwiegen oder mit der Keule der politischen Korrektheit Denkverbote über viele Themen verhängt würden. Das erlaubt ihnen, die heroische Geste des Tabubruchs vorzugaukeln, mit der sie glauben machen wollen, sie hätten „Mut zur Wahrheit“ und würden die von den Politikern verschwiegenen Probleme der Zeit ansprechen. So können sie einen permanenten Befreiungskampf inszenieren, selbst dann, wenn sie seit Jahren zum politischen Establishment gehören, ihnen relevante Medien gehören, die von ihnen betriebenen Themen und ihre Ansichten die Nachrichten und Talkshows bestimmen oder Journalisten die autoritär-populistische Parteibildung geradezu herbeireden (vgl. Gäbler 2017). Dass es erfolgreich möglich ist, über viele Jahre hinweg an Regierungen teilzunehmen und sich gleichzeitig als von Linken und Medien ausgegrenzt oder gar verfolgt darzustellen, demonstriert die SVP in der Schweiz; auch der FPÖ gelingt dieser Trick.

Zweitens vertritt der Populismus ein anti-pluralistisches Verständnis demokratischer Prozesse: Andere Meinungen werden als Abweichungen vom wahren Willen des Volkes betrachtet. Populisten nehmen in Anspruch, das wahre Volk zu kennen und mit ihm verbunden zu sein, seine Sorgen und Ängste ernst zu nehmen, also den Willen des Volkes direkt und unmittelbar zu kennen, zu verkörpern und mutig auszusprechen. Es handelt sich also um die Identität der Sprecher mit denen, in deren Namen gesprochen wird. Müller spricht von den Populisten als Repräsentanten. Das sind sie auch, denn sie werden gewählt. Aber sie sind (auch ihrem eigenen Selbstverständnis nach) mehr als nur gewählte Vertreter. Sie wollen wie Katalysatoren wirken und unmittelbar sagen, was das Volk denkt und fühlt (vgl. Priester 2007: 32). Dafür steht der Satz von Trump: „I am your voice“. Doch damit tun sie in einem magischen Akt mehr: Sie erzeugen Identität und die Möglichkeit der Wiedererkennung. Dies geschieht, wenn möglich, durch permanente Mobilisierung. Als ein Mittel dazu dient die direkte Demokratie, die von den autoritären Populisten nicht als eine verfassungsmäßige Form der Entscheidung über Gesetzesvorschläge verstanden, sondern als unmittelbare Willensbekundung des Volkes mystifiziert wird. Dieses Volk ist das nationale,

ethnisch verstandene Volk, für das der Anspruch erhoben wird, dass es „dieses Land selbst“ gestalten können soll (vgl. Frauke Petry, zit. nach Häusler 2016: 170). Doch positionieren sich die Populisten als traditionelle Intellektuelle eines autoritären Blocks: „Natürlich kann sich das Volk nicht selbst regieren, es braucht dazu Vertreter. Aber müssen die sich auch als Klasse formieren?“ (Konrad Adam, zit. nach Häusler 2016: 171). Die Populisten verfolgen eine Strategie der demokratischen Subordination der Vielen unter demagogische Führungsfiguren; horizontale und sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausdehnende Diskussionen und eine offene Willensbildung werden verhindert. Zu ihren Praktiken gehört, dass sie die sozialen Gruppen und Individuen an einen Traditionalismus und bizarren Alltagsverstand binden. Dies wird durch die inkohärente Einheit der Diskurse des autoritären Populismus bekräftigt, anders könnte er nicht funktionieren. Der Populismus blockiert den Zugang zu politischer Bildung und wissenschaftlicher Einsicht und Rationalität: Verhältnisse, die zu Krieg, Völkermord, Folter, Verfolgung führen, werden dethematisiert, wenn von den Verdiensten der Wehrmacht, wenn davon gesprochen wird, das „Deutschland unserer Väter und Mütter“ wieder zurück erhalten zu wollen. Behauptet wird, dass eine Hegemonie der Linken Redeverbote und Tabus schaffe – es sich also nicht um aufgeklärte Urteilskraft handle. Damit werden nicht nur Gerüchte über die Linke verbreitet und diese in einen Verschwörungszusammenhang gegen die nationale Gemeinschaft gerückt, sondern Wissen, Kritik, Maßstäbe relativiert oder zerstört, die zur Zurückweisung der Autoritären führen würde. Sie schaffen den Raum des Sagbaren („man wird es mal sagen dürfen“; die Ablehnung der vermeintlichen politischen Korrektheit) und des Handelns (Hassäußerungen, Demonstrationen, Gewalthandlungen). Strategisch konzipierte Provokationen, nachträgliche Relativierungen und Entschuldigungen (an gar nicht betroffene Adressaten) folgen aufeinander und verändern die gesellschaftlichen Wahrnehmungsgewohnheiten, Plausibilitäten und Relevanzkriterien. Sie sind also kein passives Medium, durch das hindurch das Volk spricht; sie organisieren eine gesellschaftliche Tendenz, indem sie aktiv sind und Zeit investieren, Geld und Unterstützung in der Zivilgesellschaft und Wirtschaft mobilisieren sowie die öffentliche Meinungsbildung durch Medien, Werbung, Vorträge zu beeinflussen versuchen (vgl. Laclau 2005: 72f). Doch sie streiten ab, nur eine unter mehreren gesellschaftlichen Strömungen zu sein, und sie leugnen ihre politische Aktivität, indem sie sie in einen Kampf um Freiheit verdrehen und sich, die Verfolgenden, als Verfolgte stilisieren. Linke und kritische Akteure werden angesichts dieser Konstellation in eine schwierige und scheinbar widersprüchliche Situation gebracht. Denn sie stellen notwendigerweise den Alltagsverstand und die normalisierte Lebensweise infrage und argumentieren für deren Fortentwicklung auf den höchsten historischen Stand. Das kann dann als elitär gelten, gewonnene

Einsichten können als moralisierende politische Korrektheit und repressive Tabuisierung diskreditiert werden. Maßstäbe der Rationalität werden außer Kraft gesetzt, der Kampf um Wahrheit und Objektivität wird unterlaufen, indem autoritäre und apodiktische Wahrheit beansprucht wird oder alles auf Meinung oder Individuen auf Emotionen reduziert werden („Sorge“, „Ängste“, „Unsicherheit“, „Hass“, „Wut“), die die autoritären Populisten zu verstehen, ernst zu nehmen und zur Sprache zu bringen vorgeben, während sie dazu beitragen, sie zu erzeugen und als Stimmungslage zu reproduzieren, indem sie ständig davon sprechen, um ein paternalistisches Verhältnis der hermeneutischen Subordination zu errichten.

Das dritte Merkmal: Wenn ihnen der Kurzschluss zwischen Oben und Unten, zwischen populistischen Führern und Volk gelingt, wird mit dem von den populistischen Sprechern beschworenen Volk ein einheitliches „Wir“ mit eindeutiger Zugehörigkeit erst begründet. Dieses „Wir“ wird national, kulturell, religiös, männlich, politisch und rassistisch von anderen abgegrenzt. Allerdings wird der vertikale Gegensatz Oben/Unten nicht durch den Innen/Außen-Gegensatz ersetzt, vielmehr wird beides – also die Erfahrung eines Mangels an Demokratie und der Ausbeutung auf der einen Seite, die Zuwanderung auf der anderen Seite – herrschaftskritisch miteinander artikuliert (vgl. Dörre 2018), indem der politischen Klasse eben Verrat an der eigenen Bevölkerung vorgeworfen wird. Der Kampf gegen Geflüchtete, Asylbewerber_innen, Muslime, Roma oder einzelne Nationalitäten kann dann als Kampf gegen Herrschaft umgedeutet werden.

Müller erkennt in seinen Überlegungen, dass der autoritäre Populismus – anders als der Rechtsradikalismus – sich der Demokratie nicht entgegenstellt, sondern sie sich aneignet und im Namen einer wirklichen Demokratie argumentiert (vgl. ebd.). Es sind drei Probleme, die die Definition von Müller aufwirft. Erstens unterstellt sie eine Pluralität und Vielzahl des Volkes, stellt sich aber nicht der Schwierigkeit des Volkssouveränitätsbegriffs, der in der Tat die Einheit eines Willens unterstellt, der die Verfassung trägt, die den unterschiedlichen Interessen ihren Raum gibt. Der Populismus spielt ein doppeltes Spiel: nämlich auf der Ebene der politischen pluralistischen Entscheidungen, gleichzeitig jedoch auf der Ebene des die Verfassung stiftenden Volkes. Daraus folgt zweitens die Frage, wer diejenigen sind, die sich vor-politisch zusammentun und entscheiden, sich eine politische Verfassung zu geben. Dieses Grundlagenproblem der repräsentativen Demokratie ist nicht auflösbar und kann deswegen von den autoritären Populisten ausgebeutet werden. Sie versprechen es zu lösen, indem sie auf ein vor-politisches Volk hinweisen und suggerieren, sie könnten den einheitlichen Willen herstellen. Es soll genau dieser Wille sein, der der Verfassung zugrunde liegt und der, so der Vorwurf, von denen verfälscht wird, die die verfassungsmäßigen Institutionen kontrollieren und sich dann partikularistisch gegen die Interessen des Volkes wenden. Dass das politische Personal eben keine eigene 'politische Klasse' bildet,

sondern Ausdruck und organisierendes Moment der verschiedenen und gegensätzlichen politisch-sozialen Lager ist, wird damit dethematisiert. Drittens nehmen Populisten eine weitere Bedeutung von Volk in Anspruch, die auf die Tatsache Bezug nimmt, dass die Subalternen beherrscht werden. In diesem Fall geht es um einen Streit um die politische Ordnung, in der das Volk nicht repräsentiert ist. Doch in der Demokratie gibt es notwendigerweise einen Streit um das 'Volk', also darum, wer mit welchen Rechten dazugehört; in diesen Konflikten wird das 'Volk' konstituiert (vgl. Rancière 2002; Laclau 2005). Indem die Einfachen sich in ihrem Streit mit den Mächtigen auf den Begriff des Volkes berufen, machen sie einen Anteil geltend, der ihnen in der bestehenden Anordnung der Dinge vorenthalten wurde. Tatsächlich arbeitet der Populismus daran, die Stimme des Volkes zur Geltung zu bringen und dadurch die politische Ordnung zu verändern. Der autoritäre Populismus ist demnach logisch im Grundlagenbegriff der Demokratie, nämlich der Volkssouveränität, impliziert. Das gilt auch für die populäre Demokratie. Entgegen extremismustheoretischen Ansätzen muss deswegen gesagt werden, dass beide Tendenzen aus der gesellschaftlichen Normalität, Ordnung oder 'Mitte' hervorgehen, aber die gesellschaftliche Entwicklung in verschiedene Richtungen, nach links-vorwärts oder rechts-rückwärts, also lösungs- oder Status-quo-orientiert, lenken wollen. Eine der entscheidenden Fragen ist, wie es zu diesem autoritär-populistischen Kurzschluss kommen, wieso er funktionieren kann. Die Frage stellt sich, weil der autoritäre Populismus kein Problem löst, sondern nur neue schafft, weil er mit Lüge, falschen Behauptungen und Irrationalitäten, mit symbolischer und realer Gewalt verbunden ist.

4 Der Kampf um die Subalternen

Rechte Einstellungen, entsprechende ausgearbeitete intellektuelle Positionen und Praktiken reproduzieren sich in der bürgerlichen Gesellschaft ständig von Neuem. Dazu gehören Nationalismus, Autoritarismus, Populismus, Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus. Es finden sich eine Vielzahl von Praktiken und Organisationsformen für rechte Orientierungen, die einen wesentlichen Bestandteil des staatlichen Lebens ausmachen. Einzelne Gruppen in den Polizeiapparaten, Militär oder Justiz, Verwaltung oder Parlamenten gehören dazu. Auf der Ebene der Zivilgesellschaft handelt es sich um Parteien, Bewegungsakteure, Vereine, Verlage, Bücher und Zeitschriften, Intellektuelle und ihre Treffen, intellektuelle Zentren (mit quasi-wissenschaftlichem Anspruch oder religiösem Charakter), Musikgruppen, Sportclubs, Unternehmen, die identitätsstiftende Produkte anbieten (Militaria, Kleidung) oder Werbung, Marketing und Politikberatung betreiben, Bewegungsgruppen (wie Identitäre Bewegung oder Casa

Pound), Hooligans und Gruppen, die Gewalthandlungen trainieren und solche, die, wie der NSU, eingebettet in ein breites Netzwerk von Unterstützern, im Untergrund operieren. All das gibt es kontinuierlich in sich stetig verändernder Form. In den vergangenen Jahrzehnten, so kann für die Bundesrepublik gesagt werden, ist es dem Führungspersonal der Rechten nicht gelungen, durch ihre Aktivitäten diese Elemente zu einer Einheit zusammenzubringen. Sofern es weiter deutsche Führungsambitionen gab, hatten den entsprechenden Kräften die Niederlage und die Teilung Deutschlands gezeigt, dass sie nicht mit einer rassistisch-militärischen Großraumpolitik verfolgt werden konnten. Aber nicht nur die äußeren Hindernisse waren zu groß. Auch in Deutschland selbst kam es zu einer zunehmenden Auseinandersetzung mit autoritären Traditionen und einer Kritik auch an jener zweiten, nicht-öffentlichen Meinung, die unter der Oberfläche offizieller Sprachregelungen rechte Ideologeme zirkulieren ließ und eine Art stummes Einverständnis in bürgerlichen Kreisen kommunizierte. Offen agierende rechte Gruppen und Parteien ebenso wie der stumme Konsens, der manchmal als Fehlleistung durchbrach, konnten einigermaßen erfolgreich zurückgedrängt und gesellschaftlich isoliert werden durch eine Vielzahl von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten (obwohl diese teilweise ihrerseits häufig der Diskreditierung ausgesetzt waren: 'Linksextremismus', VVN, Antifa).

Die Rechte war also dadurch schwach, dass einige ihrer Teile von den etablierten Parteien absorbiert werden konnten, andere Teile sanktioniert wurden oder die Schwelle offizieller Politik nicht überschreiten konnten, weil sie als zu radikal galten. Dies wirkte als Spaltungen in die Rechte zurück. Mit dem autoritären Populismus hat sich dies verändert. War der Populismus lange Zeit ein untergeordnetes Moment des rechten Syndroms, so hat hier eine Verschiebung stattgefunden. Die populistischen Momente erweisen sich als geeignet, die anderen Elemente der rechten Ideologie zu reartikulieren. Sie bilden ein Medium, das es den verschiedenen Strömungen und Organisationselementen der Rechten, sich zu modernisieren (Ivaldi 2017). Es handelt sich nicht um einen teleologischen Prozess, kontingent und vermittelt durch einen politischen Suchprozess, in dem die Wahlerfolge und die öffentliche Aufmerksamkeit katalytisch wirken, fügen sie sich zu einer sich verstärkenden Einheit zusammen (vgl. Weiß 2017). Rechte Positionen werden in diesem Zusammenhang akzeptabel, auf Ziele der nationalen und völkischen Revolution wird nicht verzichtet, Antisemitismus und Rassismus sind ebenfalls Momente der Formation. Trotz aller Distanzierungen und Mahnungen werden sie im Namen der Meinungsfreiheit als Momente des Meinungsspektrums des autoritären Populismus bewahrt. Wie in einem sich drehenden Kristall rückt dieser Aspekt in den Vordergrund und erreicht als Kampf gegen politische Korrektheit, Verteidigung von Männlichkeit oder Kunst auch die bürgerlichen Feuilletons. Der autoritäre Populismus erlaubt es, die Schwelle zur Legalität und zur offiziellen Poli-

tik zu überschreiten und die verschiedenen Aktivitäten der Nationalkonservativen und faschistisch-nationalsozialistischen Rechten zusammenzuführen. Das ist neu, es zeigt, wie flexibel die Rechte ist und lässt sie im Kontrast stärker erscheinen, als sie ist. Denn faktisch gibt es Hinweise darauf, dass der Anteil derjenigen, die ein sog. geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben, von 9,7 Prozent im Jahr 2002 auf 5,4 Prozent im Jahr 2016 zurückgegangen ist (Decker u.a. 2016: 48). Dies macht aber einmal mehr deutlich, dass Einstellungen in der Bevölkerung nur ein und eher passives Element des gesellschaftlichen Prozesses sind. Entscheidender ist, was diejenigen tun, die die Macht innehaben. Die Akteure im Machtblock vergrößern ihre Spielräume, wenn sie sich auf eine autoritär-populistische Folgebereitschaft in der Bevölkerung stützen und damit gleichzeitig den Bewegungsspielraum der populär-demokratischen Kräfte einschränken können, die sich nicht wie selbstverständlich auf die emanzipatorischen und solidarischen Tendenzen bei den Subalternen beziehen können.

Warum also gelingt der autoritär-populistische Kurzschluss? Warum erkennen sich die Subalternen – wie kurzzeitig auch immer – in dieser Anrufung wieder und lassen sich in einer Weise subjektivieren, die sie auf Autorität ausrichtet, einer imaginären national-völkischen Gemeinschaft unterwirft, in der sie sich den Reichen subordinieren, die sie individualisiert und emotional gegeneinander richtet? Die eine und entscheidende Antwort besteht darin, dass es in der herrschenden Klasse eine national-konservative Abspaltung nach rechts gegeben hat, die an der Herrschaft teilhat und mit ihren umfangreichen Ressourcen auf die bürgerliche Agenda und Willensbildung Einfluss nehmen kann. Sie geht ein Bündnis und eine Kooperation mit den radikalen rechten Gruppierungen aus Kleinbürgertum und Arbeiter_innenklasse ein. Gleichzeitig gibt es Bemühungen, die Repräsentationskrise zu verstärken und auf das volatil gewordene Verhalten der Wähler_innen Einfluss zu nehmen, indem ihnen Radikalität, Handlungsfähigkeit und Lösungen versprochen werden, die mehr oder weniger ohne Risiko sind, weil sie die Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung nicht oder kaum berühren und zulasten von Schwachen und Minderheiten gehen. Die Subalternen greifen diese Angebote auf, weil sie sich auf diese Weise Gehör verschaffen können, sie können radikale Kritik äußern, ohne wirklich in einen antagonistischen Konflikt mit den Herrschenden zu geraten. Ihre Revolte ist autoritär und konformistisch, nicht die bürgerliche Klasse wird angegriffen, sondern das bezahlte Personal. Zugeständnisse erfahren sie nicht. Allenfalls können sie erwarten, dass sie eine Unterschichtung der migrantischen Arbeitskräfte durchsetzen, also eine Situation, in denen diese ihnen untergeordnet sind. Doch durch diese rassistischen Entsolidarisierungspraktiken tragen sie gerade zu jener Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bei, die sie mit ihren Protesten glauben, verhindern zu können.

Literatur

- AfD Grundsatzprogramm 2016, Programm für Deutschland. URL: www.afd.de.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.) (2016): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Gießen.
- Demirović, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster.
- Dörre, Klaus (2018): Demokratische Klassenpolitik – eine Antwort auf den Rechtspopulismus, in: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun/Lösch, Bettina (Hg.): *Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus*. Weinheim (i.E.).
- Dubieli, Helmut (1986): Das Gespenst des Populismus. In: Ders. (Hrsg.): *Populismus und Aufklärung*. Frankfurt/M.
- van Dyk, Silke: Krise der Faktizität? Über Wahrheit und Lüge in der Politik und die Aufgabe der Kritik. In: *PROKLA* 47(3): 347-367.
- Gäbler, Bernd (2017): *AfD und Medien. Analyse und Handreichungen*, Otto Brenner Stiftung Arbeitsheft 92, Frankfurt/M.
- Häusler, Alexander (2016): Die AfD als rechtspopulistischer Profiteur der Flüchtlingsdebatte, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*. Gießen: 167-178.
- Hall, Stuart (2014a): Popular-demokratischer oder autoritärer Populismus. In: Ders.: *Populismus, Hegemonie, Globalisierung* (Ausgewählte Schriften 5). Hamburg: 101-120.
- (2014b): Die Bedeutung des autoritären Populismus für den Thatcherismus. In: Ders.: *Populismus, Hegemonie, Globalisierung* (Ausgewählte Schriften 5). Hamburg: 121-132.
- Jörke, Dirk/Selk, Veith (2015): Der hilflose Antipopulismus, in: *Leviathan* 43(4): 484-500.
- Ivaldi, Gilles (2017): Europa in der Konfrontation mit populistischen rechtsradikalen Parteien. In: Gudrun Hentges/Kristina Nottbohm/Hans-Wolfgang Platzer (Hg.): *Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog*. Wiesbaden: 121-147.
- Kahrs, Horst (2017): Die Landtagswahlen 2014-2017: Bewegung und Stabilität in den regionalen Parteiensystemen und das Wahlverhalten von Arbeitern, Arbeitspapier 2, Juli 2017, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Koppetsch, Cornelia (2017): Rechtspopulismus, Etablierte und Außenseiter. Emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung. In: Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver (Hg.) *Das Volk gegen die liberale Demokratie* (Sonderband Leviathan). Baden-Baden: 208-232.
- Korsch, Felix/Wölk, Volkmar (2014): Nationalkonservativ und marktradikal. Eine politische Einordnung der „Alternative für Deutschland“, Berlin (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen Nr. 13, 2. Auf.)
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*. London-New York.
- Meyer, Thomas (2017): Editorial. In: *Neue Gesellschaft | Frankfurter Hefte* 63(5): 1-3.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing Space. In: *Antipode* 34(3): 380-404.
- Priester, Karin (2007): *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*. Frankfurt/M-New York.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt/M.
- Schirmacher, Franz (2011): „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“. In: Die Presse, 17.8.2011. URL: <https://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/>, Zugriff: 8.1.2018.
- Syrovatka, Felix (2015): Der Aufstieg der Madame Le Pen. Die Strategie der Front National im Europawahlkampf 2014. In: *PROKLA* 45(3): 387-408.
- Weiß, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart.